Satzung des Verband Wohneigentum Siedlergemeinschaft Bayreuth-Hussengut e.V.

Teil I

Für diese Satzung ist Teil I der Satzung des Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V. vormals Bayerischer Siedlerbund, in der jeweils gültigen Fassung verbindlich und wird der nachfolgenden Satzung als Teil I vorangestellt.

Teil II

§ 1

Name und Sitz:

1. Die Gemeinschaft führt den Namen „Verband Wohneigentum Siedlergemeinschaft Bayreuth Hussengut e.V.“. Sie ist als rechtsfähiger Verein im Vereinsregister des Amtsgericht Bayreuth eingetragen.
2. Die Gemeinschaft hat ihren Sitz in Bayreuth.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Gemeinnützigkeit:

1. Die Siedlergemeinschaft Bayreuth-Hussengut verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Die Gemeinschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Mittel der Gemeinschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaft.
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gemeinschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Zweck und deren Verwirklichung:

1. Die Siedlergemeinschaft Bayreuth-Hussengut richtet ihren Zweck nach dem Teil I der allgemein verbindlichen Satzung. Dieser Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:
 - die Hebung des Gemeinschaftssinnes und des Gedankens der Selbsthilfe, indem eine gute Nachbarschaft gepflegt und aktive Nachbarschaftshilfe geleistet wird
 - die Erziehung der Jugend im Sinne des Siedlungsgedankens zur Naturverbundenheit;
 - das Hinwirken auf die öffentliche Bereitstellung von Bauland für Familienheime;
 - eine auf das Wohneigentum und den Garten bezogene Verbraucherberatung der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer mit der Zielsetzung eines wirksamen Verbraucherschutzes;
 - die fachliche Beratung der Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer bei der Anlage und Pflege von Gärten im Sinne einer ökologischen Landschaftspflege unter Beachtung des Natur- und Umweltschutzes;
 - die Mitwirkung bei Wettbewerben, insbesondere die „Beste Kleinsiedlung“;
 - die Unterstützung hilfsbedürftiger Nachbarn im Haus und Garten;

- die Zusammenfassung aller Kleinsiedler und Eigenheimbesitzer unter Ausschluss jeglicher parteipolitischer und konfessioneller Zielsetzungen bei partnerschaftlicher Mitwirkung von Männern und Frauen.

2. Daneben fördert die Siedlergemeinschaft Bayreuth-Hussengut die Jugendpflege und Jugendfürsorge im Rahmen von Jugendgruppen sowie Seniorenbetreuung.

Dieser Satzungszweck wird verwirklicht durch Angebote zur Betreuung der Jugend, insbesondere auf den Gebieten der

- Freizeitgestaltung und Erholung
- körperlichen Ertüchtigung
- eigenen kulturellen Betätigungen (Tanz, Theater, Musik)

§ 4

Organisation :

Die Gemeinschaft ist unter Beibehaltung ihrer rechtlichen und organisatorischen Selbständigkeit eine Gliederung des Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V. . Die Siedlergemeinschaft Bayreuth-Hussengut ist ein rechtsfähiger Verein.

Im übrigen gelten die Grundsätze des Teil I der allgemein verbindlichen Satzung.

Die Siedlergemeinschaft ordnet ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen, wenn auch unter Beachtung der satzungsrechtlichen Bestimmungen, sowie der durch die Bundesorgane entwickelten allgemeinen Grundsätze für die Gesamtorganisation und die Siedlerberatung. Die Siedlergemeinschaft steht durch ihren Vorstand mit dem Bezirksverband in laufender Verbindung.

Die Siedlergemeinschaft hat die örtlichen Belange, der Bezirksverband die bezirklichen Angelegenheiten, der Landesverband die landesmäßigen Belange, zu vertreten.

§ 5

Ordentliche Mitgliedschaft:

1. Nach der generellen Satzung des Verband Wohneigentum Landesverband Bayern gehören alle Mitglieder dem Landesverband als natürliche Personen an.
Mitglied des Vereins kann jeder Siedler, Familienheimbesitzer (z.B.Mieter, Nießbrauchberechtigter), Eigenheimer und Wohnungseigentümer werden. Der Aufnahmeantrag muss schriftlich gestellt werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vereinsausschuss.
2. Wird der Aufnahmeantrag eines Bewerbers von der Gemeinschaft abgelehnt, so steht dem Bewerber kein Beschwerderecht beim Bezirksverband zu.
3. Mitglieder der Gemeinschaft sind die für den Bereich der Gemeinschaft Hussengut beim Bezirksverband gemeldeten Mitglieder.

§ 6

Fördernde Mitgliedschaft.

Behörden, Körperschaften und Einzelpersonen, welche sich ebenfalls die Förderung des Familienheimes angelegen sein lassen, können die fördernde Mitgliedschaft beim Verein erwerben. Ein Stimmrecht ist mit der fördernden Mitgliedschaft nicht verbunden. Eventuelle Vergünstigungen können nach Beschluss der Gemeinschaft gewährt werden.

§ 7

Beendigung der Mitgliedschaft.

1. Die Mitgliedschaft endet
 - a) mit dem Tod des Mitgliedes
 - b) durch freiwilligen Austritt
 - c) durch Streichung von der Mitgliederliste
 - d) durch Ausschluss aus dem Verein.
2. Die durch den Tod erloschene Mitgliedschaft kann von dem Hinterbliebenen, der Eigentü-

mer der Siedlerstelle des Familienheimes oder der Eigentumswohnung wird, fortgesetzt werden, wenn eine hierauf gerichtete Erklärung binnen drei Monaten nach dem Tod des Mitglieds schriftlich abgegeben wird.

3. Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig.
4. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vereinsausschusses von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn er mit mindestens einem Jahresbeitrag im Rückstand ist und trotz Mahnung nicht innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Mahnung voll bezahlt. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.
5. Der Vereinsausschuss kann den Ausschluss eines Mitglieds beschließen, wenn
 - a) das Mitglied gröblich gegen die Vereinsinteressen verstoßen hat,
 - b) das Mitglied ehrlose Handlungen begeht, oder
 - c) das Mitglied durch sein Verhalten, durch Äußerungen, etc. das Ansehen des Vereins in der Öffentlichkeit schädigt. Von der Beschlussfassung ist dem Mitglied unter Setzung einer angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vereinsausschuss oder schriftlich zu rechtfertigen. Der Beschluss über den Ausschluss ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied mittels eingeschriebenen Brief bekannt zu machen.
6. Gegen den Ausschließungsbeschluss des Vereinsausschusses steht dem Mitglied das Recht der Anrufung der Mitgliederversammlung zu. Die Anrufung muss innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Ist die Anrufung rechtzeitig erfolgt, so hat der Vorstand innerhalb von zwei Monaten die Mitgliederversammlung zur Entscheidung über die Anrufung einzuberufen. Geschieht das nicht, gilt der Ausschließungsbeschluss als nicht erlassen. Macht das Mitglied von dem Recht der Anrufung der Mitgliederversammlung keinen Gebrauch oder versäumt es die Frist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss. Die Mitgliedschaft ist beendet. Wiedereinsetzung findet nicht statt.
7. Bestätigt die Mitgliederversammlung den Ausschließungsbeschluss des Vereinsausschusses, ist die Anrufung des Landesschiedsgerichts möglich. Die Anrufung des Schiedsgerichts muß ebenfalls innerhalb einer Frist von einem Monat nach Beendigung der Mitgliederversammlung, die den Ausschließungsbeschluss bestätigt hat, beim Vorstand des Landesverbandes des Verband Wohneigentum schriftlich eingelegt werden. Das Schiedsverfahren ist in der Landesschiedsgerichtsordnung des Verband Wohneigentum festgelegt.
8. Für das Verfahren vor dem Vereinsausschuss, der Mitgliederversammlung und dem Landesschiedsgericht werden Kosten und Auslagen nicht erstattet.
9. Den ausscheidenden bzw. ausgeschlossenen Mitgliedern stehen Ansprüche an etwa vorhandenem Vereinsvermögen nicht zu. Ebenso besteht bei einem Ausschluss kein Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen.

§ 8

Rechte und Pflichten der Mitglieder, sowie Beitragsregelung.

1. Alle ordentlichen Mitglieder sind berechtigt, an der Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins in Anspruch zu nehmen.
2. Das Stimmrecht kann nur von einem Mitglied, d.h. in der Regel einem Ehegatten, in der Mitgliederversammlung ausgeübt werden; es sei denn, es besteht eine Doppelmitgliedschaft. Ein nicht stimmberechtigtes Mitglied kann jedoch in den Vereinsausschuss gewählt werden, wenn die Mitgliederversammlung dies beschließt.
3. Die Mitglieder sind verpflichtet, den von der Mitgliederversammlung festgelegten Jahresbei-

trag (Gesamtbeitrag für die Gemeinschaft und die weiteren Gliederungen) spätestens bis zum 31.03. eines Jahres für das laufende Kalenderjahr zu entrichten.

4. Die Beitragszahlung soll möglichst im Bankeinzugsverfahren mittels Lastschrift erfolgen. Barzahlung ist in Ausnahmefällen möglich.
5. Der Nachweis der ordnungsgemäßen Beitragszahlung obliegt dem Mitglied.
6. Die Gemeinschaft ist verpflichtet, den festgelegten Beitrag für den Bezirk und Landesverband zu erheben und abzuführen.
7. Das Nähere regelt das Finanzstatut des Gesamtverbandes, siehe Teil I, das auch Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 9

Organe der Gemeinschaft sind:

- der geschäftsführende Vorstand
- der Vereinsausschuss
- die Mitgliederversammlung

§ 10

Der geschäftsführende Vorstand

Der geschäftsführende Vorstand wird alle vier Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Er besteht aus

dem Vorsitzenden
dem stellvertretenden Vorsitzenden
dem Kassier und
dem Schriftführer.

Im Innenverhältnis gilt, dass der zweite Vorsitzende zur Vertretung des ersten Vorsitzenden nur im Falle dessen Verhinderung berechtigt ist.

Scheidet ein Vorstandsmitglied aus (gleich aus welchem Grund), so übernehmen die verbleibenden Vorstandsmitglieder die Aufgaben des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds bis zur nächsten Mitgliederversammlung.

Der Vorstand hat die ihm obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen und die Beschränkungen einzuhalten, die durch Gesetz, Satzung, Beschlüsse der Mitgliederversammlung oder des Vereinsausschusses festgesetzt sind. Bei der Führung der Geschäfte ist er verpflichtet, die Anordnung einer Aufsichtsbehörde zu beachten und die aus der Zugehörigkeit zum Verband Wohnungseigentum ergebenden Rechte und Pflichten wahrzunehmen.

Die Beschlüsse des geschäftsführenden Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch den Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden, den Kassier und den Schriftführer. Je zwei von ihnen, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, vertreten gemeinsam. Ehepaare haben kein gemeinsames Vertretungsrecht.

§ 11

Der Vereinsausschuss besteht aus:

- dem geschäftsführenden Vorstand
- dem 2. Schriftführer
- dem 2. Kassier
- den Fachwarten
- den Gerätewarten
- den Beisitzern, deren Anzahl vor jeder Neuwahl von der Mitgliederversammlung festgelegt wird und die von der Mitgliederversammlung gewählt werden,
- und den von dem Vereinsausschuss berufenen zusätzlichen Beisitzern.

Er wird alle vier Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt. Aus seiner Mitte sollen auch die Delegierten zur Kreisversammlung und zum Bezirksverbandstag gestellt werden. Die Beschlüsse des Vereinsausschusses werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

§ 12

Aufgaben und Zuständigkeit des Vereinsausschusses

1. Der Vereinsausschuss ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sich aus der Satzung des Bezirks- und Landesverbandes des Verband Wohneigentum keine Einschränkungen ergeben. Er hat vor allem folgende Aufgaben:
 - a) Festsetzung von Richtlinien für die Tätigkeit des geschäftsführenden Vorstandes,
 - b) Beratung desselben in allen grundsätzlichen Fragen der Geschäftsführung
 - c) Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Festlegung der jeweiligen Tagesordnung
 - d) Einberufung der Mitgliederversammlung
 - e) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung
 - f) Erstellen eines Jahresberichtes für die Mitgliederversammlung
 - g) Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern
 - h) Bestellung der Delegierten zum Bezirksverbandstag.
2. Der Vereinsausschuss ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig, wenn die Einladung zur Vereinsausschusssitzung den Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mindestens sieben Tage vor der Sitzung zugestellt wurde. Die Ladungsfrist beginnt mit dem Tag, an dem die Einladung zugegangen ist; der Sitzungstag ist nicht mit zu rechnen. In dringenden Fällen kann der Vereinsausschuss mit einer kürzeren Frist geladen werden. In dieser Sitzung kann nur über die dringlichen Fälle entschieden werden. Voraussetzung über die Beschlussfassung ist allerdings die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Ausschussmitglieder. Beschlüsse über den Ausschluss eines Mitglieds dürfen hierbei jedoch nicht gefasst werden.
3. Der Vereinsausschuss ist mindestens einmal im Jahr vom 1. Vorsitzenden einzuladen. Er ist weiter einzuberufen, wenn dies mindestens vier Ausschussmitglieder schriftlich verlangen.
4. Die Tätigkeit der Vereinsausschussmitglieder ist ehrenamtlich. Verdienstausfall und Barauslagen, die durch die Tätigkeit für den Verein entstehen, sind auf Verlangen nach billigem Ermessen zu ersetzen.
5. Scheidet ein Mitglied des Vereinsausschusses aus (gleich aus welchem Grund), so bleibt dessen Stelle vakant bis zur nächsten Mitgliederversammlung, es sei denn, dass der Vereinsausschuss ein neues Mitglied ernennt.

§ 13

Die Mitgliederversammlung

1. In der Mitgliederversammlung hat jedes ordentliche Mitglied und jedes Ehrenmitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung unterliegen:
 - a) Beschlussfassung über Satzung und Satzungsänderung,
 - b) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes mit Kassenbericht und Entlastung
 - c) Festsetzung und Fälligkeit des Jahresbeitrages
 - d) Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des Vereinsausschusses und der Revisoren
 - e) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vereinsausschusses oder Einspruch gegen einen ablehnenden Aufnahmebeschluss
 - f) Ernennung von Ehrenmitgliedern

- g) Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins,
 - h) alle Angelegenheiten, in denen der geschäftsführende Vorstand die Entscheidung der Mitgliederversammlung anruft.
2. Die Mitgliederversammlung ist durch den geschäftsführenden Vorstand mindestens einmal im Kalenderjahr einzuberufen, im übrigen nach Bedarf oder wenn dies ein Drittel der Mitglieder schriftlich fordert. Die Einberufung hat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen.
 3. Anträge der Mitglieder zur Tagesordnung müssen mindestens zwei Tage vor Abhaltung der Mitgliederversammlung beim 1. Vorsitzenden eingereicht werden. Nicht rechtzeitig eingegangene Anträge können nur behandelt werden, wenn die Dringlichkeit der Anträge von zwei Dritteln der Anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern anerkannt wird.
 4. Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Bei Wahlen wird die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlganges einem Wahlausschuss übertragen, der aus der Mitte der Mitglieder gewählt wird. Abstimmungen müssen schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei den Abstimmungen anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig, wenn die Ladungsfrist des § 12 Abs. 2 Satz 1 und 2 entsprechend eingehalten wurde. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Dies gilt jedoch nicht für Satzungsänderungen sowie die Auflösung des Vereins. Bei Satzungsänderungen ist eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder erforderlich. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer für diesen Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden. Ein solcher Beschluss bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder, die die Hälfte der ordentlichen Mitglieder umfassen muss.
 5. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und die Wahlen ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Im Protokoll sind ferner andere wichtige Punkte aufzuführen, die geeignet sind, den Ablauf der Versammlung zu rekonstruieren. Satzungsänderungen sind mit dem genauen Wortlaut zu protokollieren, bzw. die neu gefasste Satzung ist dem Protokoll als Anlage, unterschrieben vom geschäftsführenden Vorstand, beizulegen.

§ 14

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der geschäftsführende Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Eine solche ist einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gilt § 13 der Satzung entsprechend.

§ 15

Übertragung des Vermögens

Bei Aufhebung der Siedlergemeinschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zweckes geht das Vermögen auf den Verband Wohneigentum, Bezirksverband Oberfranken e.V. über, der es ausschließlich und unmittelbar für dessen gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Im übrigen gilt § 15 Pkt. 6 (Teil I) der Satzung des Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V.

§ 16

Haftung

Die Siedlergemeinschaft übernimmt für sich nur im Rahmen dieser Satzung die Haftung

§ 17

Revision

Die Geschäftsführung des geschäftsführenden Vorstandes einschließlich der Kassen und Buch-

führung ist mindestens einmal jährlich durch zwei von der Mitgliederversammlung gewählte Revisoren einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes haben den Revisoren jede notwendige Auskunft zu erteilen.

Über die vorgenommenen Prüfungen sind Niederschriften zu fertigen, die spätestens vor der Beschlussfassung der Mitgliederversammlung in geeigneter Weise bekannt zumachen sind.

Die Revisoren können nicht gleichzeitig Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes und des Vereinsausschusses sein. Sie werden zu den Sitzungen des Vereinsausschusses eingeladen, sind dort aber nicht stimmberechtigt.

§ 18

Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 13 Abs.4 Satz 9 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden.
2. Sofern die Mitgliederversammlung keine andere Bestimmung trifft, sind der 1.Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.

§ 19

Schlussbestimmung:

Die Landesschiedsgerichtsordnung und das Finanzstatut des Landesverband Bayern (siehe Teil I dieser Satzung) sind Bestandteil dieser Satzung.

Der Landesverbandstag, als oberstes Organ des Verband Wohneigentum Landesverband Bayern e.V. vormals Bayerischer Siedlerbund, hat in Teil II § 16 seiner Satzung bestimmt, dass jeder Satzung der Bezirks- und Kreisverbände sowie der Gemeinschaft der gesamtverbindliche jeweils gültige Teil I der Satzung des Landesverbandes als unabänderlicher Bestandteil voranzustellen ist.

Diese Satzung wurde in der Mitgliederversammlung am 22.07.2009 beschlossen und tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.